

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 25/26, 12. Dezember 2002

Einblicke

Aktiv gegen rechts

Von Helmut Lölhöfel

Auch in den letzten Wochen des zu Ende gehenden Jahres marschierten Rechtsextreme. In Berlin, Potsdam, München, Merseburg und anderswo stellten sich ihnen Bürger und Bündnisse entgegen. Häufig waren mehr Gegendemonstrationen und Polizei auf den Straßen als Neonazis. Es ist erfreulich, dass Engagement und Wachsamkeit nicht nachlassen. Aber es bleibt Unbehagen. Denn die Mehrheit der Bevölkerung ist gleichgültig geworden. Alltägliches stumpft ab.

Potzlow heißt das Dorf in der Uckermark, wo irregeleitete Jugendliche den 16-jährigen Marinus Schöberl umgebracht haben. Ein Ort ist entsetzt, ein Ort ist überfordert. Die Bewohner können mit dem Medienansturm nicht umgehen. Sie verstehen nicht, wenn sie aus einer Antifa-Demo als „Nazi-Kaff“ beschimpft werden. Sie verstecken sich. Und dafür gibt es einen Grund. Bürgermeister Peter Feike, von Reportern über die Rechtsradikalen im Dorf befragt, hat ihn benannt: „Man traut sich doch schon lange nicht mehr, was dagegen zu sagen.“

Schon lange nicht! Sie haben sich also abgefunden. Sie wehren sich nicht. Oder sie billigen es stillschweigend. Der Rechtsextremismus ist keine zu vernachlässigende Randerscheinung, sondern mitten in unserer Gesellschaft präsent. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse macht immer wieder darauf aufmerksam. Verhallen seine Worte? Werden sie nur noch als wiederkehrende Phrasen wahrgenommen? Es scheint so. Er musste sich sogar vom brandenburgischen Innenminister Jörg Schönbohm schelten lassen, weil dieser der ultrarechten Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben hatte, was Thierse anstößig fand.

Kaum jemand mag mehr zuhören, wenn gemahnt und gewarnt wird. Wir werden nicht aufhören, mit diesem Informationsdienst aktiv gegen rechts einzutreten. Auch wenn wir manchen auf den Geist gehen.

Hass-Seiten bekämpfen

Internationales Netzwerk geht gegen Rechtsextremismus im Internet vor.

Seite 2 ■

Brauner Hetz-Sound

Trotz staatlicher Repressalien werden in der rechtsextremen Musikszenen schon wieder zwei neue Gruppen als Nachfolge-Kultbands gefeiert.

Seite 3 ■

„Revolutionäre Kräfte“

Unter dem Motto „Nationaler Sozialismus schafft Vollbeschäftigung“ rüsten Neonazis zur Kommunalwahl im März in Lübeck.

Seite 4 ■

NS-Urteile in der DDR

In beiden deutschen Staaten wurden Prozesse gegen Naziverbrecher geführt – das Strafmaß war im Osten meist höher.

Seite 10 ■

Die Überlebenden

Der Film über „Das Massaker von Gardelegen“ gehört als Medium in jede Bildungseinrichtung.

Seite 13 ■

Meldungen

Seite 18 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Demokratische Initiativen**Hass-Seiten stoppen****Internationales Netzwerk engagiert sich gegen Rechtsextremismus im Internet.**

Bundespräsident Johannes Rau warnte: Man dürfe das Internet „nicht denen überlassen, die es als Informationsquelle vergiften und die in ihm statt geistiger Nahrung Hass anbieten“, sagte er Ende November, als das von Jugendlichen gestartete Projekt „fairlink.de“ in Berlin seine Ergebnisse präsentierte. „Ekelerregend und unakzeptabel“ seien die Internetseiten, die von Hass überquellen, in Lügen und Geschichtsklitterung schwelgen, ja sogar zum Mord aufrufen oder Anleitungen zum Bombenbau liefern würden, meinte Rau. Und er forderte: Das alles müsse „international geächtet, verboten und bekämpft werden“.

Helfen wollen die „fairlink“-Jugendlichen dabei unter anderem mit einem von ihnen erarbeiteten, „fairnetz“ genannten Verhaltenskodex. Darin rufen sie dazu auf, Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten an die zuständigen Stellen zu melden. In Deutschland empfehlen sie „jugendschutz.net“, eine von den Jugendministerien der Länder gemeinsam eingerichtete staatliche Stelle. Doch was tun, wenn Neonazis ihre Seiten ins Ausland verlagern? Eine neue Initiative könnte den Verfolgungsdruck für sie erhöhen. Wo sich Rechtsextremisten mehr und mehr über das Internet vernetzen, tun dies auch ihre Gegner: In Amsterdam wurde das International Network Against Cyber Hate (INACH) gegründet.

Mitmachen können Initiativen und Einrichtungen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung im Internet wenden. Eine staatliche Stelle ist zwar dabei, es überwiegen aber die privaten Initiativen. Organisatorischer Kern sind bislang vier Einrichtungen: in Deutschland die Projektgruppe Rechtsextremismus im Internet von „jugendschutz.net“, in den Niederlanden die Stiftung Magenta, in Belgien das Zentrum für Chancengleichheit und Opposition gegen Rassismus und in der Schweiz die Aktion Kinder des Holocaust (AKdH).

Gemeinsam ist ihnen, dass sie seit längerem Beschwerdestellen unterhalten: Wer im Internet auf rechtsextremistische Seiten stößt, findet auf den Homepages der beteiligten Organisationen Links

oder E-Mail-Adressen, um direkte Beschwerden gegen solche Inhalte zu ermöglichen. „Die Idee, einen Verbund dieser Hotlines zu bilden, entstand vor einem Jahr“, berichtet Samuel Althof, Sprecher der AKdH und Vorsitzender von INACH. Doppelarbeit soll mit dieser Vernetzung unter anderem vermieden, ein besserer Informationsaustausch möglich werden. Herzstück ist dabei eine Datenbank, in der strafrechtlich relevante Seiten gesammelt werden.

Für das Konzept interessieren sich schon weitere Organisationen. Drei von ihnen sind „Kandidaten-Mitglieder“. Sie wollen innerhalb eines Jahres eigene Beschwerdestellen aufbauen. In Dänemark ist dies das Dokumentationszentrum Rassismus und Diskriminierung, in Polen die Initiative „Nie wieder“ und in Schweden „Expo“, bekannt durch die gleichnamige Zeitschrift. Althof: „Organisationen in Tschechien, Italien, Nordirland und Russland prüfen ebenfalls die Möglichkeiten, in naher Zukunft eine Beschwerdestelle einrichten zu können.“ Dass dies letztlich aber noch nicht ausreicht in Zeiten, da deutsche Neonazis ihre Seiten immer häufiger bei amerikanischen Providern lagern und deren Foren für den Austausch von Nachrichten immer wichtiger werden, weiß auch der AKdH-Sprecher. Langfristiges Ziel sei denn auch ein globales Netzwerk, betont Althof.

Zum Netzwerk gehört eine eigene Homepage, die sich zurzeit noch im Aufbau befindet (www.inach.net). Sie soll neben Informationen über die Initiative und Cyber-Hate im Allgemeinen auch Länderreports, juristische Bestimmungen der verschiedenen Staaten und die neueste Rechtsprechung zum Thema bieten. Dass gerade Lücken im Strafrecht einiger Staaten es den Autoren von Hass-Seiten leichter machen, ist den INACH-Organisationen bewusst. Sie verstehen sich daher auch als Lobby für eine internationale Gesetzgebung, die Diskriminierung im Internet bekämpfen soll.

Die Zahl der Homepages deutscher Rechtsextremisten war im Laufe des ersten Halbjahrs 2002 nach den Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf 920 gesunken, nachdem im Jahr zuvor mit 1300 ein Rekordwert verzeichnet worden war. Als Ursache für den Rückgang nennen die Verfassungsschützer zum einen die Verunsicherung der Betreiber durch Strafverfolgungsmaßnahmen, zum anderen auch die Sperrung solcher Homepages durch kommerzielle Provider. Für eine Entwarnung gibt es keinen Anlass: Inzwischen steigt die Zahl der Neonazi-Seiten wieder. *Tomas Sager*

Aktivitäten

Einstiegsdrogen

Die Ermittler sind im Jahr 2002 scharf gegen die rechtsextreme Musikszene vorgegangen. Dort werden schon wieder zwei Bands als „neue Landser“ gefeiert.

„Schlag gegen rechte Kultband“, „Polizei verhindert Neonazi-Konzert“ oder „Anklage gegen Skinhead-Band“ – das alles sind Schlagzeilen der Berliner Zeitungen im fast abgelaufenen Jahr. Selten zuvor sind die Staatsschützer bundesweit so scharf gegen die rechte Musikszene vorgegangen, wie im Jahr 2002. Die Anklage gegen die Skinhead-Kultband „Landser“ war sogar der Tagesschau eine Meldung wert. Offenbar haben die Ermittler erkannt, dass der Hetz-Sound die Einstiegsdroge auf dem Weg nach rechts außen ist.

Vor allem in Berlin konnten sich rechte Bands in den vergangenen Jahren so ziemlich alles erlauben. „Landser“ musste erst vier CDs auf den Markt werfen, bis die Ermittler nach neun Jahren endlich dahinter kamen, wer aus dem kleinen Kreis der rechten Rockergang „Vandalen“ die Hetzparolen ins Mikro gegrölt hat. „DST“ (wahlweise „Doitsch, Stolz, Treu“ oder „Dr. Sommer Team“), die zweite Berliner Band, die mit ihren Hass-Texten bundesweit bekannt wurde, gab so viele Konzerte im In- und Ausland, dass es „nur“ sechs Jahre gedauert hat, bis der Staatsschutz im Mai 2002 endlich bei den Musikern vor der Tür stand. Erstaunlich, denn schon im Januar 1999 hatte die Polizei ein Konzert von „DST“ in Pankow zum 66. Jahrestag der Machtübernahme durch die NSDAP aufgelöst, so ist es jedenfalls im Berliner Verfassungsschutzbericht von 1999 nachzulesen. „Macht und Ehre“, die seit Mitte der 90er Jahre CDs mit Liedern wie „NSDAP“, „Kanacken raus“ oder „Ali Drecksau“ produzierten, sind bis heute ohne jedes gerichtliche Strafverfahren davon gekommen.

Ein trauriges Kapitel in der jüngeren rechten Musikgeschichte ist auch der Fall Toni Stadler und die „White Aryan Rebels“. Mit freundlicher Unterstützung des brandenburgischen Verfassungsschutzes konnte der 28-Jährige nicht nur seinen Szene-Shop in Guben betreiben, sondern an Produktion und Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ der „White Aryan Rebels“ mitwirken. Als Spitzel im Auftrag des Staates hatte er lange nichts zu be-

fürchten. Die Behörde gab sogar noch Tipps, wie sich Stadler bei einer Hausdurchsuchung verhalten solle. Nach einer Razzia im Sommer landete Stadler schließlich doch hinter Gittern. Im November 2002 wurde er nach einigen Monaten in Untersuchungshaft zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Mit Mirko Hesse aus dem sächsischen Langburkersdorf flog in diesem Jahr ein weiterer fragwürdiger Informant des Verfassungsschutzes auf. Der 27-Jährige, der unter anderem an der Produktion der letzten CD von „Landser“ beteiligt war, kassierte nebenbei noch eine sechsstelligen Summe vom Bundesamt für Verfassungsschutz für Spitzeldienste. Hauptberuflich hat Hesse in den vergangenen Jahren über sein Label „H.A. Records“ rund 20 000 rechtsextreme CDs vertrieben. Im November wurde er unter Berücksichtigung einer früheren Strafe zu vier Jahren Haft verurteilt.

Doch nur selten landen die Musiker oder Produzenten der rechten Hetzsongs im Gefängnis. Auch der Sänger der „White Aryan Rebels“, Lars Burmeister, kam mit einer Bewährungsstrafe von 22 Monaten davon. Und das, obwohl der vorbestrafte Burmeister als Überzeugungstäter gilt und schon seit Anfang der 90er Jahre in der Neonazi-Szene mitmischte, unter anderem als ehemaliger Landesvorsitzender der FAP. Auch die Musiker und Helfer von „Landser“ haben zwar den Prozess noch vor, aber das Schlimmste schon hinter sich. Mehr als Bewährungsstrafen wird es auch hier kaum geben. Nur die „Bewährungsbrüchigen“ im Landser-Verfahren müssen sich vielleicht Sorgen machen.

Mit einer Bewährungsstrafe ging auch der rechte Barde Frank Rennie aus dem Stuttgarter Landgericht. In seiner Berufungsverhandlung um sein „Heimatvertriebenen-Lied“ kassierte er 17 Monate auf Bewährung. Gegen die Mitglieder der Band „Stahlgewitter“ aus Meppen wird noch wegen Volksverhetzung im Zusammenhang mit der neu erschienen CD „Der Politische Soldat“ ermittelt.

Untersuchungshaft, Razzien oder Gefängnisstrafen verleiten die Betroffenen bestenfalls zu etwas mehr Zurückhaltung, meist nur zu mehr Vorsicht. Abschreckend wirken sie offenbar nicht. Gleich zwei Bands werden in der Szene schon als „neue Landser“ gefeiert: „Sturm18“, ein Projekt der Gruppe „Sturmwehr“ aus Gelsenkirchen, singt im Stil der Berliner Band von der SS, die durch die Straßen zieht. Und „Race War“ aus Baden-Württemberg verhöhnt auf ihrem gerade erschienenen Debütalbum die Opfer des 11. September. *Benny Bender*

Aktivitäten**„Systemalternative“**

Rechtsextreme Wahlbündnisse rüsten sich zur Kommunalwahl in Lübeck und Neumünster im März nächsten Jahres.

In Lübeck wollen zwei Wählergemeinschaften der extremen Rechten bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 3. März 2003 um die Gunst der Wähler kämpfen. Nachdem im Oktober dieses Jahres der Vorsitzende des „Bündnis Rechts für Lübeck“ (BRL), Dieter Kern, sich in der Hansestadt mit Vertretern der Freien Nationalisten und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) beim monatlichen Stammtisch des BRL zerstritten hat, verließen die Aktivisten der Freien Nationalisten und der NPD das BRL. Bei dem Treffen wollten die schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorsitzender Jürgen Gerg und Jörn Lemke nach eigenem Bekunden den „möglichen Antritt zweier konkurrierender nationaler Listen“ noch abwenden. Aber Kern erteilte ihnen ein Hausverbot und rief die Polizei. „Wie tief muss jemand sinken, der sich selbst Nationalist nennt ... der Nationalisten mit Hilfe von Systemschergen die Möglichkeit nimmt, ihr Anliegen vorzutragen“, wettet Gerg.

Seit der Gründung 1997 arbeiteten in dem Bündnis an die 70 Kameraden aus den verschiedensten rechtsextremen Parteien wie den Republikanern (REP), der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und der NPD zusammen. Vor allem zu den Bürgerschaftswahlen trat das BRL öffentlich auf. Mit Hilfe der führenden Hamburger Neonazis Thomas Wulff und Christian Worch konnte das Bündnis zusammengehalten werden. Auch die von ihnen angeführten Freien Nationalisten wirkten in dem Bündnis mit. Die Akzeptanz der unterschiedlichen Meinungen und die Kontinuität der breiten Zusammenarbeit zahlten sich bei Wahlen bereits aus. Bei der letzten Kommunalwahl konnte das BRL 3,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Nun sehen die Freien Nationalisten und NPDler aber keine Gemeinsamkeit mehr. Kerns Ziel, so Gerg, sei „die spießbürgerliche Selbstbefriedigung seines eigenen Egos, also die Person Dieter Kern als sein eigenes und einziges Programm!“.

Mittlerweile haben Gerg und Lemke Ende Oktober für die Kommunalwahl die Wählergemeinschaft „Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck“

gegründet. Die „Radikale Systemalternative“ möchte jetzt alle „revolutionären Kräfte der nationalen Opposition“ sammeln. Allerdings sind die ersten Listenplätze mit dem 28-jährigen Lemke, dem 27-jährigen Gerg und dem 21-jährigen Marcus Schröder bereits belegt. Als offizielle Kurzbezeichnung wählten sie ihre Webadresse „www.fuer-luebeck.com“. Sie versprechen sich davon einen „großen Vorteil“ bei der „Bekanntmachung der eigenen Ziele“, da der „Wahlkampf im Internet“ nicht durch staatliche Repression und Gegenaktionen beeinflusst werden könnte. Ganz konventionell wollen sie im Januar 2003 unter dem Motto „Arbeitsplätze für Lübeck! – Nur Nationaler Sozialismus schafft Vollbeschäftigung“ aufmarschieren.

Das BRL bedauert diese Entwicklung, betont aber, das sie von den „Freien Kräfte“ verursacht worden sei. Dennoch wollen sie versuchen, an den früheren Wahlerfolg wieder anzuknüpfen. Eine mögliche Kandidatur der Schill-Partei dürfte dies allerdings verhindern.

■ „Arbeitsplätze durch Nationalen Sozialismus“ ■

Eine juristische Niederlage erfuhr Kern bereits im November. Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat die „Nichtzulassungsbeschwerde“ des Mitarbeiters der Hansestadt zurückgewiesen. Damit ist Kerns Entlassung zum 1. April 2002 rechtswirksam. Die Hansestadt Lübeck hatte ihm im Oktober 2001 gekündigt, weil er nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York für das BRL eine Pressemitteilung veröffentlicht hatte, in der er die Anschläge als „längst überfällige Befreiungsaktion gegen die USA“ bezeichnete.

Ohne interne Streitereien bereitet sich in Neumünster das Neonazizentrum „Club 88“ auf die Kommunalwahl vor. Die militanten Neonazis um Peter Borchert, NPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, bekamen allerdings ganz andere Probleme. Bei der Durchsuchung von Borcherts Wohnung, wegen des Verdachts des Einbruchs im Oktober, seien die nötigen Unterlagen für die Anmeldung der Wählergemeinschaft „Liste Club 88“ beschlagnahmt worden. „Wahlsabotage“ klagen unisono die Freien Nationalisten und die NPD. „Dem Club 88 fehlt nun die Möglichkeit“, schimpft Borchert, „um rechtzeitig die Formalien zur Zulassung an einer demokratischen Wahl zu erringen“. Aber sie würden sich weiter um eine Wahlzulassung bemühen.

Andreas Speit

Ausland

Feindbild Israel

US-amerikanischer Rechtsextremist findet für seine antisemitischen Attacken in der arabischen Welt ein dankbares Publikum.

Der umtriebige ehemalige Führer der Knights of the Ku Klux Klan und Weltreisende in Sachen Rechts-Extremismus, David Duke, war vor wenigen Wochen Gast im Golf-Scheichtum Bahrain. Mitte November hielt der amtierende Vorsitzende der European-American Unity and Rights Organization (kurz: EURO) zwei Reden im örtlichen Sheraton-Hotel zum Thema der „globalen Auseinandersetzung mit dem Zionismus“ und der von ihm vertretenen These, dass hauptsächlich Israel für die terroristischen Anschläge des 11. September 2001 verantwortlich sei.

Seit dem 11. September propagiert David Duke lautstark die Ansicht, dass der israelische Geheimdienst Mossad die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon vorbereitet und ausgeführt habe, vor allem um vom Problemfeld Palästina abzulenken. Als „Beweis“ führt Duke hartnäckig an, dass circa 4000 jüdische Angestellte des World Trade Centers vor dem Anschlag eine Warnung von Mossad erhalten hätten, zumeist per E-Mail, und deshalb kaum jüdische Opfer zu beklagen seien. Die antisemitische zirkuläre Logik wird offensichtlich bei Dukes Argumentation, dass – da die Finanzwelt von Juden gesteuert würde – auf jeden Fall mehr Juden bei dem Terrorakt hätten umkommen müssen.

■ „Der jüdische Rassismus“ ■

Duke's Gastgeberin in Bahrain, die muslimische Organisation „Discover Islam“, verteidigte unterdessen die Einladung an Duke. Der englischsprachigen Zeitung „Gulf Daily News“ vom 14. November zufolge, machte ein Sprecher von „Discover Islam“ deutlich, dass David Duke einzig und allein wegen dessen „antizionistischer“ und israelkritischer Einstellung eingeladen wurde, die man voll und ganz teile. „Discover Islam“ gibt weiter an, dass Duke nicht für seine Vorträge bezahlt würde, die Organisation aber wohl seine Anreise und die Unterkunft organisiert hätte.

Am 13. November hatte „Gulf Daily News“ einen Artikel über die Ankunft von Duke am Persischen Golf unter der Überschrift: „Israel 'Eine führende terroristische Nation'“ veröffentlicht. Hier wurde der amerikanische Rechtsextremist vollkommen unkritisch als ehemaliger US-Senator der Republikanischen Partei bezeichnet (Duke war für zwei Jahre Abgeordneter im Parlament des Staates Louisiana) und ihm eine Plattform für seine Propaganda geboten. So werden in großer Breite Äußerungen von Duke aus dessen Pressekonferenz in seiner Hotelsuite in Bahrain zitiert, wie beispielsweise, „der jüdische Rassismus ist weltweit stärker als Hitlers Nazismus“ oder „die jüdisch kontrollierten Medien und die israelisch kontrollierten Politiker wollen nicht, dass die amerikanischen Bürger den hohen Preis begreifen, den sie für die blinde Unterstützung Israels zahlen“.

■ Verantwortung des Mossad für den 11. September ■

Schon im Mai 2002 fand David Duke in der arabischen Welt Anklang mit einem in der saudischen Tageszeitung „Arab News“ abgedruckten Artikel mit dem Titel „Der gefährlichste Terrorist der Welt“. Bereits hier behauptete Duke eine unmittelbare Verantwortung des Mossad für die Anschläge des 11. September 2001. Eine Verschwörungstheorie, die vor allem im arabischen Raum gut ankommt.

Seit circa zwei Jahren wohnt Duke allerdings in Moskau, nachdem in den USA gegen ihn wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten ermittelt wird, soll sich aber gut informierten Kreisen zufolge mehr und mehr in Kiew aufhalten. Von der dortigen Universität erhielt der studierte Historiker im August dieses Jahres die Ehrendoktorwürde im Fach Politikwissenschaft verliehen. Im gleichen Monat war der umtriebige Rechtsextremist Stargast beim „Deutsche Stimme“-Pressefest im niedersächsischen Königs-Lutter und hielt dort eine Rede.

Am wohlsten fühlt sich David Duke aber anscheinend in der Gesellschaft von Holocaust-Leugnern, auf deren internationalen Konferenzen er immer wieder gern gesehener Gast ist. So besteht reger Kontakt unter anderem mit dem von den Schweizer Behörden gesuchten Holocaust-„Revisionisten“ Jürgen Graf, der ebenfalls in Russland vermutet wird und der für Duke gelegentlich Übersetzungsarbeiten erledigt.

Thomas Grumke

Hintergrund**Weltmacht Europa**

Noch heute beeinflusst der belgische Nationalbolschewist Jean Thiriart die „Neue“ Rechte in Europa ideologisch.

Wenn heute der Begriff „Nationalbolschewist“ gebraucht wird, denkt man in Deutschland zunächst an Ernst Niekisch, in der Weimarer Republik Herausgeber der Zeitschrift „Widerstand“ und Konkurrent der Nazis, der gegen die Verträge von Versailles ein taktisches Bündnis mit der Sowjetunion propagiert hatte. Gelegentlich wird mit diesem Begriff auch eine aus der extremen Linken stammende Strömung belegt, die ihren Anfang mit dem „Hamburger Kommunismus“ unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und im so genannten „Scheringer-Kurs“ der KPD in den frühen 30er Jahren kulminierte. Gemeinsam war diesen Versuchen, dass die „nationale Frage“ von links besetzt werden sollte.

Hauptakteur dieser Strömung in der Nachkriegszeit war der Belgier Jean Thiriart, der vor zehn Jahren, am 23. November 1992, im Alter von 70 Jahren gestorben ist. Thiriart, dessen ideologischer Einfluss innerhalb der europäischen extremen Rechten heute wohl größer ist, als zu seinen Lebzeiten, ist mit seiner Biografie ein Musterbeispiel für die schillernden Irrgänge, die mit dem Begriff Nationalbolschewismus verbunden werden. Er ist auch ein Beispiel dafür, auf welche Weise politische Gegner verwirrt werden können, die mit dem Begriff Faschismus stets nur die NSDAP verbinden.

Der jugendliche Thiriart begann seine politische Karriere als Hauptamtlicher in der Sozialistischen Antifaschistischen Union und als Funktionär der trotzkistischen Jungen Sozialistischen Garde. Bereits wenige Jahre später ist er beim nationalbolschewistischen Hamburger „Fichtebund“ aktiv, um schließlich bei der Kollaborateursgruppe „Amis die Grand Reich Allemand“ (Freunde des Großdeutschen Reiches) zu landen und Freiwilliger der Waffen-SS zu werden. Nach dem Krieg wird er deshalb in Belgien verurteilt und verliert für einige Jahre seine bürgerlichen Rechte. In die Nazis hatte er vor allem die Hoffnung auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Reiches gesetzt.

Erst 1961 macht Thiriart außerhalb Belgiens wieder von sich reden. Im November 1961 findet in

dem Dörfchen Froschhausen bei Frankfurt der Gründungskongress seiner Organisation „Jeune Europe“ (Junges Europa) statt, der ersten Gruppe der extremen Rechten, die sich ausdrücklich nicht als Bündnis eigenständiger Parteien verschiedener europäischer Länder versteht, sondern als einheitliche „Partei neuen Typs“ mit Sektionen in ganz Europa, um ein einheitliches Europa zu schaffen. „Das Vierte Reich: Europa“ beziehungsweise „Eine Weltmacht von 400 Millionen Menschen: Europa“, so die Titel der deutschen Ausgaben zweier seiner Bücher aus damaliger Zeit, zu bilden, ist sein Hauptziel. Zum Symbol des Keltenkreuzes gesellt sich der Wahlspruch „Europa fortis unitate“ (Ein starkes geeintes Europa) als Ausdruck einer dritten Weltmacht von Dublin bis Bukarest, um ein Bollwerk gegen die beiden Supermächte USA und UdSSR zu bilden.

■ Aufbau einer Befreiungsarmee ■

Ein Bündnis mit denjenigen Staaten der „Dritten Welt“, die gerade ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, gilt ihm als unverzichtbare Option. Nicht zuletzt zur Sicherung der Rohstoffe für Europa will er die Bewegung der Blockfreien stützen, eine „europäisch-arabische Symbiose“ schaffen. Die Avancen finden dort teilweise Widerhall. 1966 kommt es durch Vermittlung des Rumäniens Ceausescu zu einem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Tschou en Lai, 1968 zu einer Begegnung mit den ägyptischen Staatschef Nasser sowie dem argentinischen Diktator General Peron. Fast folgerichtig kommt es zur Zusammenarbeit zwischen der sich antiimperialistisch gebärdenden Jeune Europe und palästinensischen Gruppen. Der erste Europäer, der im bewaffneten Kampf gegen Israel fällt, ist der Franzose Roger Coudroy, ein Mitglied von Jeune Europe.

Sowohl mit der Option einer Weltmacht Europa als dritter Kraft gegen die Supermächte wie auch mit der angestrebten Kooperation Europas mit der „Dritten Welt“ nimmt Thiriart damals Denkansätze vorweg, die später durch die Nouvelle Droite zu größerer Bekanntheit gelangen sollen. Von deren Kampf um „kulturelle Hegemonie“, ihrem „metapolitischen“ Ansatz, unterscheidet er sich allerdings durch einen von ihm als leninistisch charakterisierten Ansatz, der eine starke, zentralistisch geführte Einheitspartei ins das strategische Zentrum rückt. Zwar gelingt die Gründung von rund 20 Ländersektionen in relativ kurzer Zeit, doch kön-

nen die eigenen Ansprüche noch nicht einmal ansatzweise verwirklicht werden. Dies gilt auch für den Aufbau „Revolutionärer Europäischer Brigaden“, die als eine Art Befreiungsarmee geplant waren. Das Vorhaben ist allerdings Ausdruck einer beträchtlichen Militanz, von der sich auch der späte Thiriart nicht distanzieren mag. Im Gegenteil. 1987 erklärt er in einem Interview bedauernd: „Mir haben 500 Mann SA oder Rote Garden gefehlt. Ich verfügte bestenfalls über 50 wirkliche Kämpfer. Uns sind einige bemerkenswerte offensive Kommandounternehmen gelungen.“

■ Denkansätze der Nouvelle Droite ■

Wenige Wochen nach der Gründung der embryonalen Europäischen Partei erfolgte am 20. November in Köln die Gründung einer deutschen Sektion von Jeune Europe. Vorträge in Lübeck und beim Jungdeutschen Arbeitskreis um die Zeitschrift „Nation Europa“ in Coburg sollten das Kölner Treffen vorbereiten. Auffällig ist die starke Beteiligung aus dem Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) an dem Unternehmen Thiriarts. Verbindungsmann dafür im Vorstand ist Klaus Jahn, der 1968 in der „National-Zeitung“ „ganze Kerle“ für ein „Hilfskorps Arabien des BHJ“ suchte und 1961 Vorsitzender des Freundeskreis der nationalen Jugend war. Die Zusammenarbeit mit dem als „kleinen Mussolini“ charakterisierten Thiriart ist nur von kurzer Dauer. 1963 spaltet sich die deutsche Sektion unter dem Namen „Europafront“ ab. An ihrem Mittsommerlager 1965 nehmen rund 200 Personen aus mehreren europäischen Ländern teil. Leiter des Camps sind der Wiking-Jugend-Funktionär Wolfgang Kirschstein, später führend bei der strasseristischen Unabhängigen Arbeiterpartei, und Gudrun Wittig, ebenfalls von der Wiking-Jugend.

Jeune Europe blieb ein auf die 60er Jahre beschränktes Experiment, das jedoch nicht folgenlos blieb. Zum Vorstand der deutschen Sektion gehörte ein junger Spanier, Herminio Redondo, der später in Österreich in der rechtsextremen Aktionsgemeinschaft für Politik wirkte. Ende der 80er Jahre ist er beim Straube-Verlag in Erlangen während dessen nationalrevolutionärer Phase aktiv. Noch heute steuert er Texte für die verschiedenen Diskussionslisten der europäischen „Neuen“ Rechten bei. Wichtiger allerdings sind heute Thiriart-Schüler wie der Italiener Claudio Mutti oder der Belgier Robert Steuckers, die das geopolitische Gedankengut ihres Lehrers fortführen. *Volkmarr Wölk*

Grauzone

Das Klima vergiften

Schon wieder rechte Töne aus dem Hause Schill – Hamburger Lokalpolitiker vergreift sich im Ton.

Die Oppositionsparteien in der Hamburger Bürgerschaft SPD und Grün-Alternative Liste (GAL) üben heftige Kritik an der rechtslastigen Wortwahl des Schill-Politikers Gert Steinbach. Der Abgeordnete im Bezirk Wandsbek und Deputierte der Innenbehörde ist in einem Bericht eines lokalen Magazins über die geplante Wohnraumverdichtung im Hamburger Stadtteil Poppenbüttel mit den Worten zitiert worden: „Ohne Verdichtung kommt es zu einer Abwanderung ins Umland, zum Verlust von gut situierten Bevölkerungsschichten und damit zur Verelendung der Stadt. Behinderte, Alte, Kranke, Sozialfälle, Ausländer, Kriminelle und andere Gruppen würden übrig bleiben.“

Die SPD will dem Lokalpolitiker der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) diese Äußerung nicht durchgehen lassen und fordert eine Entschuldigung. „Steinbach redet wie sein Parteichef mit Kalkül. Hauptziel der PRO ist offensichtlich die Vergiftung des politischen Klimas in Hamburg“, sagte Ties Rabe. Der SPD-Landesgeschäftsführer bezeichnete es als „Skandal“, sozial Schwache, Alte und Kranke mit Kriminellen in einen Topf zu werfen.“

■ Keine einmalige Entgleisung ■

Steinbach, gegen den von einer Hamburgerin ein Strafantrag wegen Volksverhetzung gestellt wurde, verteidigt sich: Der beanstandete Satz stamme ursprünglich aus einem Positionspapier seiner Partei zum Bebauungsplan der betreffenden Siedlung. „Um so schlimmer“, konterte Christa Goetsch, Vorsitzende der GAL-Bürgerschaftsfraktion. Steinbachs Statement sei keine einmalige Entgleisung, sondern reihe sich ein in das Denken und Agieren anderer Schill-Funktionäre. Die Grünen erinnerte daran, dass der Bürgerschaftsabgeordnete Wolfgang Barth-Völkel im vergangenen Sommer „Internierungslager für kranke Zuwanderer“ gefordert und Ronald Schill bei seinem skandalösen Auftritt Ende August im Bundestag „Ressentiments gegen Migranten“ geschürt hatte. *Volker Stahl*

Grauzone**„Senator Skrupellos“****Narkosegas „modifiziert“ einsetzen?**

Ein Mann, eine Partei. Beim Landesparteitag gehorchte die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei) ihrem Gründer aufs Wort: 96,8 Prozent der Delegierten bestätigten ihren Namensgeber als Landeschef. Kapp 200 Delegierten folgten am 8. Dezember im Saal der Patriotischen Gesellschaft Ronald B. Schills Empfehlungen und Ermahnungen. Während Hamburgs Innensenator mit der rigorosen Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule“, dem rapiden Abbau des Sozialnetzes, und dem radikalen Vorschlag, das beim Moskauer Geiseldrama verwendete Narkosegas „modifiziert“ auch in Deutschlands einzusetzen, die Hanseatische Bevölkerung spaltet, hält er mit dieser „Null-Toleranz“ für „nichtrechtschaffene Bürger“ seine Partei zusammen.

In seiner Nominierungsrede, die immer wieder von Applaus unterbrochen wurde, zog Schill eine positive Bilanz der Regierungsbeteiligung und lobte die dienliche Treue der Regierungspartner. Der „Senator Skrupellos“ (Mopo) rechtfertigte in der Rede aber nicht nur die Idee des Giftgaseinsatz als „vorausschauende Politik“ und die Räumung als Maßnahme gegen „zweierlei Recht“. Weiterhin behauptete er, dass Hamburg sicherer, die Straßen frei und der Bahnhof gesäubert sei. Alles ist gut, war das Motto. Und was noch nicht ist, wird noch werden. Denn an die 900 Polizisten würden zusätzlich eingestellt, die Straßen ausgebaut und weiter mit Brechmittel gegen Drogendealer vorgegangen. Nicht die Opposition, sondern alleine die „innerparteilichen Querulanten, psychisch labile Charakter“ machten die Politik schwer. „Zeigen sie denen die rote Karte“, rief Schill und die Delegierten verstanden.

Ohne viel Diskussion bestätigten sie Mario Mettbach und Dirk Nockemann als Parteivize und wählten Christian Brandes zum Schatzmeister. Auf Empfehlung Schills trat Brandes, Mitglied der rechten Burschenschaft Germania, für das Amt an. Wohlwollend nahmen die Delegierten auch Mettbachs Ambitionen, im Februar für den Bundesvorsitzenden zu kandidieren, auf. Hatte Schill doch vorher verkündet, sich „auf seine zeitaufwendige Arbeit in Hamburg zu konzentrieren“. *Andreas Speit*

Grauzone**„Kleinigkeiten“****Otto Habsburg hält das Pentagon für eine „jüdische Institution“.**

Otto Habsburg führte aus: „Wenn man die US-Innenpolitik betrachtet, dann ist sie in zwei Hälften gespalten: Auf der einen Seite das Verteidigungsministerium, in dem die Schlüsselpositionen mit Juden besetzt sind, das Pentagon ist heute eine jüdische Institution. Auf der anderen Seite, im State Department, sind die Schwarzen – zum Beispiel Colin Powell oder besonders Condoleezza Rice.“ Habsburg, der am 20. November seinen 90. Geburtstag feierte, verbreitete seine Verschwörungstheorie in einem Interview, das in der „Jungen Freiheit“ und im österreichischen Schwesterblatt „Zur Zeit“ abgedruckt wurde. Als das ORF ihn an seinem Geburtstag danach befragte, beteuerte der greise Jubilar, er habe das nicht gesagt. Außerdem wolle er sich „in so einem schönen Augenblick“ nicht über solche „Kleinigkeiten“ unterhalten.

Weil die Juden und die Schwarzen die US-Regierung dominieren, „spielen ... die Angelsachsen, also die weißen Amerikaner, eine relativ geringe Rolle“, verrät Habsburg Carl Gustav Ströhm, der die „kaiserliche Hoheit“ für die JF befragte. Damit nicht genug, der ehemalige CSU-Europaabgeordnete holt zum Rundumschlag aus: in Russland „kehrt der Nationalsozialismus, natürlich ... nicht wie unter Hitler, sondern der Putins wieder“, im Irak, wo „Kurden“, „Sumpf-Araber“ und „Tigris-Araber“ leben, wird es irgendwann eine „Explosion“ geben. „Die Amerikaner wollen losschlagen und eine demokratische Regierung einsetzen, die wird aber aus lauter Gaunern bestehen!“ Auch Ariel Sharon wird nicht verschont. Der habe „ein Buch geschrieben, in dem er angekündigt hat, dass er die Araber alle ausrotten will.“ Die „Hysterie gegen Rechts“ sei „systematisch durch die kontrollierten Massenmedien aufgebaut worden, und durch die Feigheit der Rechten, die sich nicht gewehrt haben, ermöglicht worden“, so Habsburgs Meinung. Empörung löste Habsburg mit einem Vergleich aus, den er 1998 zur Verteidigung seines Sohnes Karl zog, der in eine Spendenaffäre verwickelt war. „Karl wird angegriffen, weil er den gewissen gelben Stern trägt, den Namen Habsburg. Die armen Juden haben ja Entsetzliches mitgemacht, ich denke oft an sie in dem Zusammenhang.“ *Roland Lory*

Grauzone

In feiner Gesellschaft

Rechtslastiges Werk schmückt sich mit dem hessischen Ministerpräsidenten Koch.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hat ein Vorwort für einen Sammelband verfasst, in dem auch ultrarechte und rechtsradikale Autoren zu Wort kommen.

In dem Buch „Zukunftsmodell. Soziale Marktwirtschaft“ aus dem Aton Verlag, Unna werden „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NGOs) als „gegnerische Heerscharen“ beschimpft, „die sich der – vielfach künstlich erzeugten – Angst- und Mythos Themen wie Ökologie, Globalisierung, Dritte Welt, Gentechnik und Ausländer bedienen, um sich massenweise vermehren und zu Lasten der Steuerzahler leben zu können.“ Linke Hochschullehrer wie Christoph Butterwegge, der an der Kölner Universität lehrt, werden als „Antifa-Aktivist“ geschmäht. „Der DGB und seine Gewerkschaften“, so ist im Buch zu lesen, „haben ein ambivalentes Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung“.

■ „Dringend nötige Korrekturen der deutschen Politik“ ■

Herausgeber des 270 Seiten umfassenden Bandes sind Arnd Klein-Zirbes und Stefan Winckler. Klein-Zirbes (Jg. 1970), war vor seiner heutigen Tätigkeit als Pressesprecher und Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bei der Handwerkskammer Rhein-Main, Dauerautor in der Rechtsaußenzeitschrift „Junge Freiheit“ und Mitglied des „Arbeitskreises ‘Publizistische Aktivitäten gegen Links’“ unter Führung des in rechtsextremen Kreisen umtriebigen Hochschullehrers Hans-Helmuth Knütter. Winckler (Jg. 1967) ist Aktivist des stramm rechten Studienzentrums Weikersheim (SZW), Autor in der neurechten Vierteljahresschrift „Criticon“ und auf Knütters Homepage zuständig für die „Bibliographie zum Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“.

Autor des Buches ist unter anderem Klaus Hornung (Jg. 1927), Präsident des Studienzentrums Weikersheim, der mit Referaten auch rechtsextreme Or-

ganisationen wie die Münchner Burschenschaft „Danubia“ oder das „Nationaleuropäische Jugendwerk“ beglückte.

Zum Thema „Gewerkschaften und Linksextremisten“ kommen Hans-Helmuth Knütter (Jg. 1934) und Sebastian Prinz (Jg. 1970) zu Wort. Knütter ist Autor des rechtsextremen Hohenrain-Verlages und Referent bei der von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen im Jahr 1960 gegründeten Gesellschaft für freie Publizistik (GFP). Prinz war im „Leserkreis Köln“ der „Jungen Freiheit“ aktiv und informierte über Veranstaltungen dieses Kreises bei Treffen lokaler Aktivisten der Neonazi-Truppe FAP. Wie Klein-Zirbes gehörte auch Prinz dem „Arbeitskreis ‘Publizistische Aktivitäten gegen Links’“ von Knütter an.

Mitarbeiter des Knütter-Arbeitskreises war auch der in Madrid lebende Karl Lincke (Jg. 1971), der ein Loblied auf den Kapitalismus-Apologeten Friedrich August von Hayek hält. In einschlägigen Kreisen, beispielsweise in „Criticon“, ist Lincke unter seinem Pseudonym „Carlos Izquierda“ bekannt.

Erschienen ist das Buch „Zukunftsmodell“ im Rahmen der „Stimme der Mehrheit“, eines „Zusammenschlusses von liberalen und wertkonservativen Publizisten, Journalisten und Wissenschaftlern“ (Eigenbezeichnung) unter dem „organisatorischen Dach des Bundes der Selbständigen (BDS), Landesverband NRW e.V.“ Gefordert werden von der 1997 ins Leben gerufenen Vereinigung unter anderem „dringend nötige Korrekturen der deutschen Politik“. Ziel ist „die längst überfällige geistig-moralische Erneuerung in Deutschland“. Entschieden wendet sich die „Stimme der Mehrheit“ gegen den „epidemischen Sozial- und Asylmissbrauch“ und den weiteren Zuzug von Ausländern.

Anton Maegerle

Hinweis

Berlin – Am Sonntag den 15. Dezember wird um 11.30 Uhr in der Akademie der Künste in Berlin eine Fotoausstellung über die Rettung von 73 jüdischen Kindern, die aus Deutschland, Österreich und Jugoslawien nach Italien geflohen waren, eröffnet. Die Ausstellung „Die jüdischen Kinder der Villa Emma in Nonantola 1942-1943“ ist bis 19. Januar nächsten Jahres zu besichtigen.

Akademie der Künste Berlin-Tiergarten, Hanseatenweg 10, 15. Dezember 2002 bis 19. Januar 2003.

Hintergrund**NS-Urteile in der DDR**

Zwischen Todesstrafe und Freispruch – in beiden deutschen Staaten wurden Prozesse gegen Nazi-Verbrecher geführt.

26. Mai 1983: Im Stadtgericht Ost-Berlin herrscht Hochbetrieb. Vor dem klassizistischen Gebäude mit Spuren von Bombardements und Straßenkämpfen während des Zweiten Weltkrieges stehen Übertragungswagen des Ostfernsehens, in dem imposanten Eingangsbereich hasten Männer und Frauen die breiten Treppen hinauf, Journalisten mit Schreibzeug, Kameras und Fotoapparaten stehen vor der hohen Eingangstür und holen ihre Presseausweise ab. Justizwachtmeister fordern sie auffallend freundlich auf, ihre Plätze in den vorderen Reihen des Sitzungssaales einzunehmen. Punkt neun Uhr wird die Tür geschlossen, um 9.02 Uhr betritt das Gericht den Saal. Nicht in schwarzen Roben, wie man sie aus der BRD kennt, sondern in gedeckten Straßenanzügen. Der Vorsitzende Richter Heinz Hugot stellt die Identität des Angeklagten fest und nennt die Namen der beiden Verteidiger. Es sind Friedrich Wolff und H. Graubner.

Dann hat Staatsanwalt Horst Busse das Wort. „Ich klage an: Den ehemaligen SS-Obersturmführer Heinz Barth, geboren am 15.10.1920 in Gransee, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in okkupierten Gebieten der Tschechoslowakischen Republik und der Republik Frankreich begangen zu haben, indem er:

1. als Angehöriger der 3. Kompanie des Reservepolizeibataillons Kolin am 9.6.1942 bei Klatory sowie am 9.7.1943 in Pardubice an 'Standrechtlichen Erschießungen' von 92 tschechoslowakischen Männern und Frauen als Mordschütze und Sicherungsposten;
2. als Zugführer des 1. Zuges der 3. Kompanie des I. Bataillons des SS-Panzer Grenadier-Regiment 4 'Der Führer' am 10.6.1944 an der Ermordung von 642 französischen Einwohnern von Ordadour sur Glane sowie der Niederbrennung des Ortes durch Leitung der Einkreisung, dem Zusammentreiben von Bewohnern und Teilnahme an der Erschießung arbeitsteilig mitwirkte.“

Nach zwei Wochen, am 7. Juni 1983, war die Hauptverhandlung zu Ende, Barth wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Wir waren damals etwa

50 Journalisten, die meisten vertraten Medien der DDR, mich hatte der Westdeutsche Rundfunk zur Berichterstattung geschickt. Das Verfahren unterschied sich von anderen NS-Prozessen in der DDR mindestens durch drei Besonderheiten. Es war am 28. April 1983, also vier Wochen vor Beginn, vom Deutschen Depeschendienst (der DDR) angekündigt worden, die Verhandlung war öffentlich und einige wenige ausländische Journalisten durften berichten. Was wir nicht erfuhren, war, wie Barth so lange unbehelligt in der DDR als Geschäftsführer einer Konsumfiliale leben können. Versuche, das in vertraulichen Gesprächen mit einem Vertreter der Anklage und einem der beiden Verteidiger herauszubekommen, schlugen fehl. Und so schien sich zu bestätigen, was in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten gemunkelt wurde: Die DDR-Behörden kennen noch viele mutmaßliche NS-Verbrecher, klagen sie aber nur dann an, wenn sie dadurch der Bundesrepublik schaden können. Sozusagen als Trumpfkarten im Ärmel.

■ NS-Mediziner wegen Ärztemangels in der DDR nicht angeklagt ■

Das war definitiv nicht so. Dies herausbekommen zu haben, ist das Verdienst eines niederländischen Wissenschaftlers, der seit Jahrzehnten die NS-Prozesse in der Bundesrepublik erforscht, in bisher 26 voluminösen Bänden 662 rechtskräftige Urteile veröffentlicht hat und nun die ersten drei Bände mit entsprechenden Urteilen der DDR-Justiz vorgelegt hat. Es ist der Professor für Strafrecht an der Universität Amsterdam, Professor Christiaan F. Rüter. Als er kürzlich die drei DDR-Bände vorstellte, machte er auf die wesentlichen Unterschiede in den beiden deutschen Staaten aufmerksam. Aus der DDR gibt es fast ebenso viele Urteile wie aus der BRD, nämlich etwa 920, obwohl die BRD vier Mal so viele Einwohner hatte wie die DDR. Rüter: „Trotzdem ist die westdeutsche Sammlung wesentlich umfangreicher. Bei den Osturteilen reichen uns etwa elf Bände, für die Westurteile werden wir wohl 50 brauchen. Das kommt daher, dass ostdeutsche Urteile selten mehr als 70 Seiten umfassen, während im Westen das fünf- bis zehnfache keine Ausnahme ist.“ Das liegt unter anderem daran, dass die Westverfahren oft Jahre dauerten, viele Zeugen gehört wurden und Wissenschaftler umfangreiche historische Gutachten vortrugen.

Es gibt einen weiteren Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland: Die Ostsammlung enthält

alle Urteile, die Westsammlung nur die rechtskräftigen. Als Rüter 1968 den ersten Band veröffentlichte, hatte er schwere Zeiten hinter sich. Anfangs stellten sich die Justizminister stur und lehnten jede Zusammenarbeit ab. Die DDR schickte nur einige Urteile, die allerdings nicht ankamen. Rüter erinnerte sich: „Bei mir klingelte nicht die Post, sondern die Kripo, die mir eröffnete, der Herr Generalbundesanwalt habe geruht, gegen mich ein Verfahren wegen Einfuhr verfassungsverräterischer Publikationen nach Paragraph 93 StGB einzuleiten“. Rüter arbeitete damals als Stipendiat der Humboldtstiftung in Freiburg. Rüter weiter: „Dass es 1968 trotzdem zur Veröffentlichung der westdeutschen Urteile kam, lag einfach daran, dass die Urteile ... bereits in meinem Besitz waren.“ Nach dem Ende der DDR konnte er dann mit der Veröffentlichung der ostdeutschen Urteile beginnen, wobei ihm der pensionierte DDR-Staatsanwalt Günther Wieland eine große Hilfe war und ist.

■ Höhere Strafen für die Angeklagten im Osten und keine Amnestie ■

Rüter, Wieland sowie andere Experten aus Ost und West machten sich unter anderem auf die Suche nach den angeblich in Reserve gehaltenen mutmaßlichen NS-Tätern, wobei Wieland von vornherein die westdeutsche These bestritt. Dergleichen habe es nie gegeben, sagte er und er musste es wissen. Schließlich war Wieland einer der führenden Ankläger in ostdeutschen NS-Prozessen. Auch die These, in der DDR habe man NS-Täter „nicht aus einem inneren Bedürfnis heraus verfolgt, sondern nur, um Westdeutschland international bloßzustellen“, konnten die Mitarbeiter der Dokumentation nicht belegen. Rüter: „Zwölf Jahre nach der Wende sind diese vielen Hunderte von Namen und Fällen noch immer nicht aufgetaucht.“ Weder er habe sie bei seinen Recherchen gefunden, noch die Staatsanwälte der Zentralen Stelle Ludwigsburg, „die immerhin jahrelang die Archive des MfS durchforscht haben.“

Zumindest in einer Hinsicht haben die ostdeutschen Gerichte mehr gegen NS-Verbrecher unternommen als die Kollegen im Westen. Sie haben deutlich mehr Täter früh aufgespürt, angeklagt und verurteilt. Bis 1960 war die DDR mit 88 Prozent ihrer NS-Prozesse fertig, die westdeutsche Justiz erst mit 55 Prozent. Die im Osten Angeklagten erhielten wesentlich höhere Strafen und wurden von jeder Amnestie ausgenommen, es gab weniger Frei-

sprüche und Einstellungen. Im Osten wurden auch NS-Richter und NS-Staatsanwälte sowie Angehörige von Wehrmachtsstrafanstalten verurteilt, was in der Bundesrepublik unterblieb – zur Schande der westdeutschen Justiz. In einer Hinsicht freilich kommt der Westen besser weg. Ostdeutsche Verfahren wegen Verfahren in Vernichtungslagern waren nach Rüter „eher Zufallsverfahren, während die viel zahlreicheren westdeutschen Verfahren wohl das Ergebnis mehr systematischer, auf diese Lager abzielender Ermittlungen sein dürften.“

Belegt sind hingegen nun zwei Thesen, die gegen die DDR-Justiz sprechen. Erstens gab es Fälle, in denen trotz dringenden Tatverdachts nicht angeklagt wurde und zweitens hat zeitweise der Druck der UdSSR auf die NS-Prozesse in der DDR zu rechtsstaatlich nicht zu verantwortenden Verfahren geführt. Ursula Wolf, pensionierte Staatsanwältin der DDR, formulierte das ziemlich umständlich so: Sollte sich bei Ermittlungen gegen einen früheren KZ-Mediziner herausstellen, „dass dieser ehemalige Lagerarzt ... eine gute ärztliche Tätigkeit in der DDR ausgeübt hat, würde (der ermittelnde) Genosse W. keine strafrechtliche Relevanz sehen. Darüber hinaus würde die Einleitung strafprozessualer Maßnahmen ein Politikum unter der älteren Ärzteschaft der DDR schaffen.“ Mit anderen Worten: Wegen des Ärztemangels in der DDR wurden NS-Ärzte nicht angeklagt. Günther Wieland sagte es direkt. Es gab Fälle, in denen „operative Dienst-einheiten verfügten, von weiteren Recherchen abzusehen. Vorwiegend gilt das für alle Fälle, die Mediziner betrafen.“ Wieland bestätigte die alte Kritik an den berüchtigten Massenverfahren Anfang der 50er Jahre im sächsischen Waldheim. Walter Ulbricht hatte sich damals direkt eingemischt und verfügt, die Verfahren müssten wegen der im Herbst 1950 anstehenden Volkskammerwahlen binnen „sechs Wochen durchgezogen“ werden.

Insgesamt hat die Justiz der DDR ihre Strafverfahren wegen NS-Verbrechen konsequent und unter Beachtung des DDR-Rechts geführt. Die Beweise dafür liegen nun auf dem Tisch. Wann die nächsten Bände der Reihe „Justiz und NS-Verbrechen“ sowie „DDR-Justiz und NS-Verbrechen“ folgen, hat Rüter nicht gesagt, aber, dass sie kommen, dafür steht der Amsterdamer Forscher.

Im Internet findet man die Sammlungen unter www.jur.uva.nl/junsv. Eine Kurzfassung dieses Beitrags ist Anfang Dezember in der „Tribüne – Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ erschienen.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Ehrung der Retter**

50 Menschen halfen dem Musiker Konrad Latte, in der NS-Zeit zu überleben.

Die Auszeichnung „Gerechte(r) unter den Völkern“, zu der die Verewigung des Namens der Geehrten am Memorialwall des „Gartens der Gerechten“ in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem gehört, ist die höchste, die der Staat Israel an Nichtjuden vergibt. Sie ist ein Dank an Menschen, die ihre Existenz zu opfern bereit waren, um Juden vor den Henkern des Naziregimes zu retten. Der Heldenmut von 19 000 Frauen und Männern aus allen Teilen Europas, darunter auch 400 Deutschen, wurde auf diese Weise, stets nach sorgfältiger Prüfung und Bestätigung durch zwei jüdische Zeugen, gewürdigt.

Am 6. Dezember fand in Berlin zu Ehren von sechs weiteren Lebensrettern in der imposanten Kirche der Justizvollzugsanstalt Tegel eine würdige Gedenkstunde statt. Die sechs posthum ausgezeichneten „Gerechten“ gehören zu den etwa 50 Menschen, die dem jüdischen Musiker Konrad Latte, alle Gefahren und Risiken missachtend, halfen, von 1943 bis Kriegsende illegal und mit falscher Identität in Berlin zu überleben. (BnR berichtete ausführlich in der Ausgabe 21/99.) Latte machte nach der Befreiung Karriere als Orchesterleiter und feierte kürzlich seinen 80. Geburtstag. Der Auszeichnungsort war mit Bedacht gewählt, weil der bereits 1971 von Yad Vashem als wichtigster Überlebenshelfer Konrad Lattes geehrte Harald Poelchau – nach ihm sind inzwischen eine Straße und eine S-Bahn-Station in Marzahn benannt – in Tegel als Gefängnispfarrer wirkte.

Aus den Händen des israelischen Gesandten in Deutschland, Mordechai Lewy, erhielten die Yad-Vashem-Medaille und -Urkunde Angehörige des Komponisten Gottfried von Einem, der Publizistin Ruth Andreas-Friedrich, der Redakteurin Anne-Lise Harich, Mutter des marxistischen Philosophen Wolfgang Harich, und der engsten Mitarbeiterin Poelchau, Gertie Siemsen. Die Übergabe der Insignien für den Kantinenpächter Willy Kranz und dessen Lebensgefährtin Auguste Leißner konnte nicht erfolgen, weil die Tochter Auguste Leißners aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht anzureisen vermochte.

In den Mittelpunkt seiner Begrüßungsansprache stellte Christoph Flügge, Staatssekretär der Berliner Justizverwaltung, die Rolle Harald Poelchau, der seit 1933 in dieser Kirche predigte und als Anstaltsgeistlicher Tausenden politisch Verfolgten ideelle, aber oft auch materielle Überlebenshilfe gewährte, die zum Tode Verurteilten auf ihrem letzten Weg in Plötzensee begleitete.

Der evangelische Anstaltspfarrer Rainer Dabrowski erinnerte daran, dass in Tegel Dietrich Bonhoeffer, eine „Lichtgestalt der protestantischen Kirche“, von den Nazis eingekerkert und selbst hinter Gittern stärker als seine Kerkermeister war. Die Erinnerung an Bonhoeffer und Poelchau, an die heute Geehrten und alle anderen wachzuhalten, die widerstanden haben, sei eine immer wieder aktuelle Aufgabe und Verpflichtung gegenüber der jungen Generation. Der katholische Seelsorger Pater Clemens Kleine nannte als wichtigste Lehre, die das mutige Handeln der Ausgezeichneten prägte, im Mitmenschen nicht zuerst den Angehörigen dieser oder jener Nationalität oder Religion, sondern den Menschen zu sehen. „Die Helfer Konrad Lattes fragten nicht, was das Regime für notwendig hielt, ihre Maxime war: Ich laufe nicht jedem hinterher, mein Gewissen sagt mir, was richtig ist, und dementsprechend werde ich handeln.“

Mut musste auf beiden Seiten sein, bei Rettern und Geretteten, betonte Professor Peter Steinbach in seiner Laudatio. Die Retter mussten den Blick nach vorn, in die Zukunft richten, um sich Zeitgeist und Macht zu widersetzen und jedes Risiko zu wagen. Die Verfolgten brauchten Kraft zum Vertrauen in den anderen, die Bereitschaft, sich ihm auszuliefern. „Wie großartig, dass daraus Liebe, Freundschaft entstanden ist, die bis in die Gegenwart anhält.“ Es gehe nicht nur darum, Lobreden zu halten, sondern sich zu fragen: Wo waren wir mutig? Wo waren wir feige? Das gelte nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch künftig für jeden Tag.

Beate Kosmala vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung zeichnete den Lebensweg von Willy Kranz und Auguste Leißner, zweier zu Unrecht noch kaum bekannter tapferer Nazigegner, nach, die nicht nur das Leben Konrad Lattes retten halfen. Für Konrad Latte dankte dessen Biograf, der Schriftsteller Peter Schneider, als Angehörige der Ausgezeichneten nahmen Karin Friedrich, Tochter von Ruth Andreas-Friedrich, und Gisela Wittkowski, Tochter von Anne-Lise Harich, das Wort.

Ralf Bachmann

Demokratische Initiativen**Das Unbeschreibbare**

Der Filmemacher Claus-Ivar Bolbrinker bringt ein Video über „Das Massaker von Gardelegen“ in den Buchhandel.

Vier alte Männer graben in ihren Erinnerungen. Ein Weinhändler, ein Winzer, ein Pastor und ein Pressefotograf. Vier alte Franzosen, die ein gemeinsames Schicksal teilen. Alle vier waren als Angehörige der Résistance verhaftet und in deutsche Konzentrationslager deportiert worden. Und alle vier gehören zu den wenigen Überlebenden eines der wohl schlimmsten Verbrechen, die von den Nationalsozialisten angesichts der vorrückenden Alliierten in den letzten Kriegstagen begangen wurden. Als US-Truppen am Abend des 14. April 1945 in die Altmarkstadt Gardelegen einrückten, stießen sie auf die verkohlten Leichen von 1016 Menschen, die in einer Scheune unweit der Stadt bei lebendigem Leibe verbrannt worden waren. Die mehr als 1000 Menschen waren teils in den so genannten Todesmärschen, die sie zu Fuß zu bewältigen hatten, teils in vollgepferchten Viehwaggons der Bahn aus den Außenlagern des KZ Buchenwald im Hochharz evakuiert worden. Dort hatten sie als Zwangsarbeiter unter unmenschlichen Bedingungen Stollensysteme in die Berge getrieben. Riesige, teils Kilometer lange Stollensysteme, in denen die Nazis die angeblichen Wunderwaffen produzieren wollten, von denen sie sich eine Wende im längst verlorenen Krieg erhofften.

Nur acht Menschen hatten dieses Massaker überlebt, vier von ihnen hat der Politikwissenschaftler, Autor und Filmemacher Claus-Ivar Bolbrinker mit seiner Kamera besucht, lässt sie ausgiebig zu Wort kommen. Nicht zuletzt aus diesen Erinnerungen der vier Franzosen, aber auch aus Rückblicken von Zeitzeugen aus Gardelegen im Norden Sachsen-Anhalts sowie aus bislang unveröffentlichten Original-Filmaufnahmen entstand Bolbrinkers Film „Das Massaker von Gardelegen“, der jetzt auch als Video im Buchhandel erhältlich ist.

Die vier ehemaligen französischen Widerstandskämpfer stehen im Zentrum von Bolbrinkers Film. Nicht nur die Häftlinge, die die mörderischen Arbeitsbedingungen unter anderem im bei Nordhausen gelegenen Außenlager Dora des Konzentrationslagers Buchenwald überlebten, wurden gegen

Kriegsende auf die so genannten Todesmärsche getrieben. Einer dieser Märsche endete am 13. April 1945 in Gardelegen in einem furchtbaren Massaker. Die mehr als 1000 Gefangenen wurden in eine Feldscheune gescheucht, die schließlich angezündet wurde. Wer den Flammen zu entfliehen suchte, wurde von SS- und Wehrmachtsangehörigen mit Gewehren in die Scheune zurückgetrieben.

Vier von den acht Überlebenden des Massakers kommen in dem Film zu Wort, was sie aber tatsächlich durchgemacht haben, können auch sie mit ihren Worten nur unzureichend beschreiben, was für den Film aber keinerlei Schaden bedeutet. Im Gegenteil: Vielleicht wird das Unbeschreibbare dieses Verbrechens erst in Sätzen wie diesem deutlich: „Dieser Moment, als meine Häftlingskleidung von den Amerikanern verbrannt wurde, deren Uniform ich nun trug, das war mir, als ob mein menschliches Wesen wieder aus dem KZ hervortritt“, versucht es einer der vier. Andere schafften es überhaupt nicht, über diese Zeit und über ihre Erlebnisse im Konzentrationslager zu reden. „Über diese Zeit hat er nie geredet“, sagt die Ehefrau eines der französischen Ex-KZ-Häftlinge.

■ **Mit dem falschen Foto nach dem „Schlächter“ gefahndet** ■

Bolbrinker verknüpft in seiner Dokumentation bislang unveröffentlichtes Filmmaterial aus dem National Archive in Washington mit den Aussagen von Zeitzeugen. Nicht nur mit denen der vier französischen Widerstandskämpfer, sondern auch mit denen von Menschen aus Gardelegen, die das Massaker zumindest mittelbar mitbekommen haben mussten. Menschen, die zunächst die Gefangenenspalisaden gesehen hatten und später den Feuerschein aus Richtung der Feldscheune, ohne sich einen Reim machen zu können, wie sie selbst sagen. Menschen aus Gardelegen aber auch, die nach Einnahme der Stadt durch die US-amerikanischen Truppen von diesen gezwungen worden sind, die verbrannten und verkohlten Leichen aus der Scheune in Isenschnibbe in Einzelgräbern zu bestatten.

Bolbrinker selbst enthält sich auf wohlthuende Weise eigener Kommentierungen, lässt seine Bilder, die Bilder aus den Filmarchiven sowie die Aussagen der Zeitzeugen weitestgehend allein für sich sprechen. Er greift nur dort mit eigenen Worten aus dem Off ein, wo es für das Verständnis der gezeigten Bilder unumgänglich notwendig erscheint.

Dort etwa, wo es um die Täter geht, von denen Bolbrinker keinen zu Wort kommen lässt. Zahlreiche Beteiligte an dem Massaker waren ermittelt worden. Viele von ihnen erhielten von US-amerikanischen Militärgerichten Haftstrafen, die meisten wurden als Mitläufer eingestuft und kamen vielfach bei Amnestien frei. Andere wurden den Behörden der damaligen sowjetischen Besatzungszone überstellt und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, die sie in der Regel auch absitzen mussten.

Lediglich der Haupttäter war vermeintlich nicht zu kriegen. Dabei hatten ihn die Amerikaner längst, wie Bolbrinker in seinem Film darstellt. Der NSDAP-Kreisleiter von Gardelegen, Herbert Thiele hatte sich unmittelbar nach dem Massaker aus dem Staub gemacht, wurde aber doch gefasst und saß zwischen dem 30. April 1945 und dem 30. Januar 1946 in einem US-amerikanischen Kriegsgefangenenlager ein. Dass er mit dem Massaker von Gardelegen seinerzeit nicht in Verbindung gebracht wurde, lag daran, dass bis in die 90er Jahre hinein international mit einem falschen Foto nach Thiele gefahndet wurde. Auch das macht Bolbrinker in seinem Film durch Aussagen eines Zielfahnders des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt deutlich. Nach der Entlassung aus der Gefangenschaft wechselte Thiele offenbar vorübergehend die Identität.

1994 verstirbt er in einem Düsseldorfer Krankenhaus. Die Zielfahnder des LKA Sachsen-Anhalt, die sich bald nach Gründung der Behörde auf die Fährte des so genannten „Schlächters von Gardelegen“ begeben, kommen zu spät darauf, dass deutsche, amerikanische und sowjetische Behörden fast 50 Jahre lang mit einem falschen Foto nach Thiele gefahndet haben. Als sie schließlich das richtige Foto identifiziert und sich die neue Erkenntnis auch von Zeitzeugen bestätigen lassen hatten, war es zu spät. Mehrere Jahre intensiver Fahndungsarbeit waren aus Sicht der Fahnder für die Katz, als sie schließlich 1997 an Thieles Grab standen.

Bolbrinkers Film gehört als Medium in jede Bildungseinrichtung, die sich mit dem Thema Verbrechen des Nationalsozialismus beschäftigt. Er ist für den Einsatz in Schulen wie für die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung geeignet. Bolbrinker vermeidet weitestgehend den pädagogischen Zeigefinger und lässt seine Bilder, seine Interviewpartner für sich sprechen. **Eberhard Löblich**
Claus-Ivar Bolbrinker, Das Massaker von Gardelegen, Video, Laufzeit circa 1 Stunde, ISBN: 3-89848-438-6, unter dieser Nummer erhältlich über den Buchhandel.

Demokratische Initiativen

Netzwerke schaffen

Aktionsprogramme unbedingt fortsetzen

Der „Aufstand der Anständigen“ hat nicht zuletzt eine Fülle von Initiativen gegen Rechts hervorgerufen und auch deren finanzielle Unterstützung durch die Politik bewirkt. Einen kritischen Blick auf die zahlreichen öffentlich geförderten Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus und Gewalt wirft jetzt das Gutachten „Bürgernetzwerke gegen Rechts“, das im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal erstellt wurde.

Durch die finanzielle Förderung sei engagierten Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht worden, Demokratie lebendig und offensiv zu gestalten, hob der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Bürsch, Mitinitiator der Studie, bei der Präsentation am 4. Dezember in Berlin hervor. Die geschaffenen Netzwerke gegen Rechts seien ein exemplarisches Handlungsfeld für die Bürgergesellschaft, betonte Bürsch.

Der Autor der Studie, Roland Roth, sieht Handlungsbedarf, was die Überschaubarkeit der in den letzten drei Jahren mit rund 200 Millionen Euro über 10 000 geförderten Projekte, lokalen und regionalen Initiativen anbelangt. Kritisiert wird in der Untersuchung, dass „vor Ort ein unverbundenes Nebeneinander unterschiedlicher Maßnahmen und Akteure“ dominiere. Die verschiedenen Programme und deren Strukturierungen seien zu unübersichtlich und es mangle an sinnvollen Vernetzungen, wird festgehalten. Roland Roth plädiert für lokale Netzwerke als Voraussetzung für Förderung anstatt Einzelaktionen.

Ein gravierender Mangel ist für den Forscher das weitgehende Fehlen einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluierung der Programme. Viele Maßnahmen könnten sich als „kurzes Strohfeuer“ erweisen, heißt es in der Studie. Als dringlich wird die Entwicklung einer kommunalen Infrastruktur angesehen, an die die geförderten Aktionsprogramme anknüpfen könnten. Roland Roth warnt schließlich vor der Illusion, nach einem sukzessiven Auslaufen der Projekte seien Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgreich bekämpft worden. Die Programme müssten unter anderem mit „nachhaltiger Infrastrukturförderung und Qualitätssicherung unbedingt fortgesetzt werden“. *G.N.*
(Studie unter: www.fes.de/indexaktuelles.html)

Demokratische Initiativen**Praxishilfe****Aktion Jugendschutz gibt Pädagogen
Tipps zur Prävention von Fremdenfeind-
lichkeit und Rechtsextremismus.**

Rechtsextremismus biete Jugendlichen einfache Lösungen wie Autorität, Ordnung und klare Geschlechterrollen für ihre Orientierungsprobleme, schreiben die Herausgeber von der Aktion Kinder- und Jugendschutz in ihrer „Praxishilfe“. Die umfangreiche Materialsammlung „Demokratie lernen – Zivilcourage zeigen“ richtet sich an Mitarbeiter in der Jugendhilfe und Lehrkräfte in allgemeinbildenden Schulen und im berufsbildenden Bereich. Jugendliche in ihrer Persönlichkeit zu stärken, ihre Auseinandersetzung mit dem eigenen kulturellen Hintergrund und mit anderen Kulturen zu fördern, solidarisches Handeln anzuregen und Zivilcourage zu üben, sind die Ziele der pädagogischen Handreichung. Die 20 Projektmitarbeiter aus Schule, Jugendhilfe und Jugendbildungsarbeit wählten das „Lebendige Lernen“ als Arbeitsmethode. Hinter dem von Norman Libermann 1965 geprägten Begriff verbirgt sich ein lebendiger, spannender und aktiver Prozess des Lernens, schreiben die Verfasser. Im Übungsteil finden Pädagogen zahlreiche Anregungen für Unterrichtseinheiten. Beim Bauen von Skulpturen, Erstellen von Wandzeitungen, eines „Stolzbarometers“ oder beim Arbeiten mit Verträgen sollen Jugendliche „Kompetenzen politischen Handelns erlernen“. Wertevermittlung, Umgang mit Vorurteilen und Fremden oder Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie heißen einige Arbeitsschwerpunkte.

Die Kompetenz der Lehrenden wird im mit „Theoretischer Hintergrund“ überschriebenen Kapitel gestärkt. Darin wird über akzeptierende Jugendarbeit, rechtliche Grundlagen oder rechte Musik informiert. Beispiele, Zitate, Definitionen und eine umfangreiche Literaturliste runden die in Zusammenarbeit mit der Evangelischen SchülerInnenarbeit des Nordelbischen Jugendpfarreramtes erstellte Materialsammlung ab.

Volker Stahl

Demokratie lernen - Zivilcourage zeigen! Praxishilfe zur Prävention von Rechtsextremismus, 330 Seiten, 25 Euro zuzüglich 5 Euro Versandkosten. Bestelladresse: Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431 / 89077, E-Mail: info@akjs-sh.de

Am Rande**Juristischer Ratgeber****Tipps von einem Rechtsaußen-Anwalt**

Uwe Leichsenring, Chef der NPD in der Sächsischen Schweiz, konnte einen kompetenten und rechtskundigen Gast begrüßen. Wenige Wochen zuvor – im Sommer 2000 – hatte die Polizei die Wohnungen zahlreicher Mitglieder der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) gefilzt, da lud der NPD-Funktionär zur Rechtsschulung ein. Referent: der Berliner Rechtsanwalt Carsten Schrank. Sein Thema: „Wie verhalte ich mich bei einer Hausdurchsuchung?“ Was Schrank damals empfohlen haben dürfte und noch einiges mehr, lässt sich jetzt auch in Buchform nachlesen. Dabei ist es dem Anwalt, der sich nicht nur mit dieser einen Schulung rechtsaußen einen Namen gemacht hat, sogar gelungen, einen renommierten Verlag zu finden. In der Reihe der „Beck-Rechtsberater“ des Deutschen Taschenbuch-Verlages ist sein Band „Richtiges Verhalten im Strafverfahren – Ein Ratgeber für Beschuldigte“ erschienen – redaktionell verantwortet vom Verlag C.H. Beck, der sich auch mit der Herausgabe von Gesetzestexten und -kommentaren einen Namen gemacht hat. Bei Beck zeigt man sich mit der Wahl des Autors inzwischen „nicht sehr glücklich“, wie Dietmar Högel vom Lektorat einräumt: „Wir sind leider sehr spät darauf aufmerksam geworden.“ Das Buch zurückzuziehen, dazu gebe es keinen Grund, „weil es als solches nicht von einer solchen Geisteshaltung zeugt“. Wenn es um eine zweite Auflage gehe, werde man aber die Hintergründe der Person Schrank „mit erwägen“.

Wer bei der Recherche ein wenig tiefer gräbt, wird schnell fündig. Im September 2000 beispielsweise zählte Schrank zu den Erstunterzeichnern von Horst Mahlers Aufruf „Ja zu Deutschland, ja zur NPD“. Bis hin zum Bundesverfassungsgericht vertrat er die Partei, wenn sie Aufmärsche gerichtlich durchsetzen wollte. Einen Namen in der Szene machte er sich im Gubener Hetzjagd-Prozess. Aktuell verteidigt er im Dresdener SSS-Verfahren. Auch um die materielle Absicherung von Verfahren kümmert er sich zuweilen: Als die Mitglieder der Skin-Kultband „Landser“ hinter Gitter verschwanden, wurde zu Spenden für die Inhaftierten auf ein Konto Schranks aufgerufen. Wenigstens der Tipp, Solidaritätskonten für Beschuldigte einzurichten, fehlt in seinem Rechtsratgeber.

Tomas Sager

Am Rande**Ungeliebte Namen**

In Berlin führen Straßenumbenennungen nach NS-Gegnern und jüdischen Persönlichkeiten regelmäßig zu Protesten.

Am 9. November 2002 sollte eine Straße im Berliner Stadtteil Spandau ihren alten Namen wieder bekommen. Die Nazis hatten sie 1938 in Kinkelstrasse umbenannt. Jetzt heißt sie wieder Jüdenstrasse. Bei der Umbenennungsfeier kam es zum Eklat. Der als Gastredner eingeladene Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Alexander Brenner, wurde aus der Zuhörermenge mit Parolen wie „Juden raus“ oder „Ihr Juden seid an allem schuld“ beschimpft (vgl. BnR 24/02).

Es ist nicht das erste Mal, dass gegen geplante Straßenumbenennungen nach NS-Gegnern und jüdische Persönlichkeiten mit rechten und antisemitischen Parolen Stimmung gemacht wurde. So verhinderte eine rechte Bürgerinitiative im Berliner Stadtteil Schöneberg, dass eine Straße nach Marlene Dietrich benannt wurde. Sie verübelten der Filmdiva noch immer, dass sie nach 1933 Nazi-Deutschland verlassen hat. Immerhin konnte ein neuer Platz in Mitte nach ihr benannt werden.

Für den jüdischen Philosophen Walter Benjamin zeichnet sich eine solche Lösung bisher nicht ab. Mehr als ein Jahrzehnt verhindert nun eine mehrheitlich aus Eigenheimbesitzern bestehende Initiative, dass der Seebergsteig in Zehlendorf nach dem auf der Flucht vor den Nazis umgekommenen Walter Benjamin benannt wird. Die Initiative will unbedingt den Namen des völkischen Theologen Walter Seeberg behalten, nach dem die kleine Straße in der Nazizeit benannt wurde. Zwar waren es offiziell die Mehrkosten für neue Visitenkarten et cetera, die ihnen eine Umbenennung verleidete. Doch auf öffentlichen Veranstaltungen werden ganz andere Töne geäußert. Walter Benjamin habe für den Stadtteil nichts geleistet und die Umbenennung sei eine volkspädagogische Maßnahme von linken Intellektuellen, die gar nicht in dem Stadtteil wohnen. CDU, FDP und eine rechtspopulistischen Bürgerliste machten die schon beschlossene Umbenennung im Bezirksparlament wieder rückgängig. Die bereits fertig gestellten Namensschilder mit dem Namen Walter Benjamin-Straße sind einstweilen im Rathaukeller untergebracht.

Auch im Berliner Olympiaviertel schlug eine Straßenumbenennung hohe Wellen. Dort sollte die noch von Hitler persönlich so benannte Reichssportfeldstraße in Flatowallee umbenannt werden. Damit sollten der Flatow-Brüder gedacht werden. Die jüdischen Medaillengewinner der ersten Olympiade der Neuzeit sind im Konzentrationslager umgekommen. Eine rechtslastige Bürgerinitiative trat mit offen antisemitischer Agitation gegen die Umbenennung auf und sammelte Unterschriften. Dass die Umbenennung schließlich doch vollzogen wurde, ist vor allem dem Engagement des sozialdemokratischen Bezirkspolitikers Otto Eigen zu verdanken. Das neue Straßenschild wurde mehrfach von Unbekannten beschädigt.

Im Ostberliner Bezirk Pankow sollte ein Teil der Berliner Straße nach dem jüdischen Unternehmer Garbaty benannt werden. Als auf einer vom Bezirk anberaumten Veranstaltung eine Historikerin über das Schicksal dieser jüdischen Familie in der Nazizeit berichtete, wurde sie von Anwohnern rüde unterbrochen. Sie waren vielmehr gekommen, um ihre Wut darüber auszudrücken, dass ihnen aus Gründen der politischen Correctness ein ungeliebter Straßename aufgedrückt wird. Schließlich war die Debatte um die Straßenumbenennung erst in Gang gekommen, nachdem die Bundeszentrale der Republikaner in einem Teil des ehemaligen Garbaty-Anwesens in der Berliner Zentrale ihr Domizil gefunden hatte. Dort befindet sie sich noch immer und die Straße trägt auch noch immer ihren alten Namen. Doch immerhin hat auch Garbaty jetzt seinen Platz in Pankow. Ein neu eingerichteter Platz ohne Anwohner wurde nach ihm benannt.

Schon deutet sich in Berlin-Steglitz ein neuer Streit an. Dort soll die Treitschkestraße umbenannt werden. Benannt ist sie nach dem Ende des 19. Jahrhunderts lehrenden Berliner Historiker Heinrich von Treitschke, der mit dem Ausspruch „Die Juden sind unser Unglück“ bekannt wurde. Gegen die Umbenennung formieren sich Proteste von Anwohnern und Kommunalpolitikern. *Peter Nowak*

In eigener Sache

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2003.

Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause wieder am 9. Januar 2003.

Bücherschau

Modell Berlusconi

■ Italien von 1922 bis zur Gegenwart ■

Verschiedene italienische Intellektuelle wie der Literaturnobelpreisträger Dario Fo warnten bezogen auf die Berlusconi-Regierung vor der Gefahr eines „neuen Faschismus“ und zogen Parallelen zu Mussolinis „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922. Gleich zwei deutschsprachige Veröffentlichungen zum Thema greifen das letztgenannte Bild auf und beschäftigen sich mit der historischen und aktuellen Dimension der genannten Problematik.

Der Publizist Gerhard Feldbauer versteht sein Buch „Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien“ als Abhandlung über die Grundlage des Faschismus und den Kampf dagegen (vgl. S. 10). In sechs Kapiteln beschreibt er Entstehung, Entwicklung und Niedergang des Mussolini-Regimes, den Kampf der Resistenza dagegen und die Kontinuitäten der faschistischen Bewegung nach 1945. Dem folgen Ausführungen über die historisch-politische Entwicklung der italienischen Kommunisten und Sozialisten und eine abschließende Einschätzung der Berlusconi-Regierung. Sie bezeichnet er als ein „rechtsextremistisches Kabinett“ (S. 186) und als ein „profaschistisches Regime“ (S. 10). Der historische Faschismus sei für den „italienischen Imperialismus“ die zuverlässigste Form der Machtausübung gewesen (vgl. S. 29) und auch durch die opportunistische und revisionistische Politik der Sozialisten möglich geworden (S. 84).

Feldbauer hatte sich zu DDR-Zeiten in italienischer Geschichte habilitiert und die damit verbundene politische Prägung merkt man auch seinem Buch an, das von einer dogmatischen marxistisch-leninistischen Faschismustheorie geprägt ist. Der Faschismus wird weitgehend auf seinen „Klassencharakter“ (vgl. S. 41) reduziert. Und während die Kommunisten immer die richtige Analyse und Politik gegenüber dem faschistischen Regime praktizierten, wurde diese von den „opportunistischen“ und „revisionistischen“ Sozialisten torpediert. So einfach kann manchmal die Welt sein! Der Dogmatismus seiner Darstellung entwertet das Buch leider auch an den Stellen, wo das Dargestellte nähere Auseinandersetzungen verdient hätte, etwa bei der gesellschaftlichen Unterstützung für den Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart.

Das zweite Buch „Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer“ von dem Journalisten Jens Renner will zum einen eine Bilanz nach dem ersten Jahr der Regierung Berlusconi ziehen und die Politik der italienischen Neofaschisten untersuchen und zum anderen den historischen Faschismus und die Argumente seiner konservativen Apologeten einer kritischen Analyse unterziehen. Im ersten Teil beschreibt der Autor das Vorgehen der Regierung bezogen auf den Abbau der Arbeitsrechte, die Gängelung der Justiz und die Stärkung der Exekutive als Ausdruck einer gesellschaftlichen Restauration. Danach geht es um die Entwicklung der „Alleanza Nazionale“, die keinen wirklichen demokratischen Wandel durchgemacht habe, sondern eine Partei des modernisierten Neofaschismus sei. Und schließlich widmet sich Renner dem italienischen Historikerstreit um die insbesondere von Renzo De Felice vertretenen Deutungen des Faschismus als modernisierender Kraft.

Der folgende ausführlichere Teil geht auf den Aufstieg, die Entwicklung und den Niedergang des Mussolini-Regimes ein, wobei es um die Herausbildung und Unterstützung durch die herrschende Elite, um die Politik von Staatsterror und Propaganda, die Bedeutung des Antisemitismus und Rassismus, die Außenpolitik und Kriege sowie um das Ende der Republik von Salò geht. Renner hält die Berlusconi-Regierung nicht für eine modernisierte Kopie des Originals, sieht aber in dem von ihm „italienisches Rechtsregime“ genannten politischen Komplex ein Modell für „Neofaschisten“ und „Rechtspopulisten“ in Europa.

Das Buch ist gut lesbar, klar strukturiert und liefert einen guten Überblick zur historischen Entwicklung des italienischen Faschismus. Bei den Ausführungen zur „Alleanza Nazionale“ hätte man sich noch detailliertere Analysen und Belege zur Interpretation des umstrittenen Entwicklungsprozesses der Partei gewünscht. Und schließlich wirkt die Bewertung der Berlusconi-Regierung vor dem Hintergrund der eigentlichen Fragestellung etwas unausgegoren und unklar. Es mangelt auch an einer differenzierten Erörterung des besonderen Charakters dieser Regierung.

Armin-Pfahl-Traugher
Gerhard Feldbauer, Marsch auf Rom, Faschismus und Antifaschismus in Italien. Von Mussolini bis Berlusconi und Fini, Köln 2002 (PapyRossa Verlag), 224 Seiten, 14,80 EUR.

Jens Renner, Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer, Zürich 2002 (Rotpunktverlag), 198 Seiten, 19,80 EUR.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Der Berliner Neonazi Oliver Werner (Jg. 1974) wurde vom Amtsgericht Tiergarten freigesprochen. Nicht nachgewiesen konnte dem „Anti-Antifa“-Aktivisten, dass er am 20. November 2000 einen politischen Gegner beim Abreißen von NPD-Plakaten angegriffen und mit einem Schlagstock zusammengeschlagen habe. Werner soll dem Kreis um den führenden Berliner Neonazi Oliver Schweigert angehören. Das HNG-Mitglied Werner war einst Propagandaleiter der Kühnen-treuen „Nationalen Alternative“ (NA) und dann bei den „Sozialrevolutionären Nationalisten“ aktiv. Anschließend führte er einen „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten“. 1993 wurden bei Werner bei einer Hausdurchsuchung Anleitungen zum Bombenbau, eine Hülse für Rohrbomben, Sprengstoff und Anschriften unliebsamer politischer Gegner gefunden.

■ **Berlin** – Den „politischen Konkursverwaltern Deutschlands“ in Form der rot-grünen Bundesregierung will Dieter Stein, Chefredakteur der ultrarechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Beine machen: „Und wir werden uns dabei auch nicht von den Zensoren der ‘Political Correctness’ stoppen lassen!“ In seinem aktuellen Rundbrief an Freunde und Förderer der JF berichtet Stein, dass der 1996 gegründete Unterstützerkreis „Freunde der Jungen Freiheit“ eine durchschnittliche jährliche Spendensumme von einer halben Million DM zusammengebracht habe. Stein beklagt, dass im „konservativ-rechten“ Spektrum in den letzten Monaten mehrere Blätter eingestellt worden sind, darunter „Gegengift“, „Staatsbriefe“, „Deutschland-Magazin“ und „DESG-inform“. Auch die Zeitschrift „Criticon“, „die „zu einem beliebig-libertären, unpolitischen Blatt zu verkommen“ drohe, sei „im Grunde publizistisch verloren für das konservative Lager“, meint Stein.

■ **Dresden** – Die Neonazi-Kneipe „Klub Thor. Der nationale Jugendclub in Dresden“ (BnR 13/02), die von „Freien Kräften“ in Dresden betrieben wird, entwickelt sich zunehmend zu einem Sammelplatz von organisierten Dresdner und regionalen Neonazis. Pächter der Kneipe sind der „Anti-Antifa“-Kader Sven Hagendorf und Ronny Thomas, vormals Dresdner NPD-Kreisvorsitzender, dann Anhänger der „Revolutionären Plattform“ (RPF). Thomas wurde 1998 vom Amtsgericht Dresden we-

gen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung und Freiheitsberaubung zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. Er war im Mai 1998 an einem Überfall auf links orientierte Jugendliche an einem Stausee in Kauscha bei Dresden beteiligt. Im „Thor“ will Thomas „Jugendlichen helfen, sich zu entfalten“.

■ **Ehningen** – Eine „Ermittlungsgruppe (gegen Frank und Ute Rennieke“ schlägt in Neonazi-Foren hohe Wellen. So soll es bei einer 300 000 Mark-Erbschaft, die Rennieke gemacht hat, zu „Unregelmäßigkeiten“ gekommen sein. Rennieke wird vorgeworfen, zwei „nationale Miterben“ nicht ausbezahlt zu haben. Besonders krass sei, „dass er einem Kameraden, der noch im 2. Weltkrieg für Deutschland gekämpft hat, die Auszahlung verweigerte“. Die „Ermittlungsgruppe“ abschließend: „Wie kann Rennieke gegen die Antiwehrmachts-Ausstellung demonstrieren und in seinen Liedern für die Ehre unserer Soldaten singen, wenn er selbst einem Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg absolut keinen Respekt entgegenbringt.“

■ **Frankfurt** – Solidarität mit dem Irak propagiert die Frankfurter NPD auf ihrer Homepage. So habe man „in diesen Tagen auch einen Freund, der Ausländer ist, und der heißt: Saddam Hussein!“ Gehetzt wird gegen den „usraelischen Weltbrandstifter“, der „alle propagandistischen Register gegen das arabische Volk des Irak gezogen“ habe „und somit den so genannten ‘un-Sicherheitsrat’ – der ohnehin nur eine US-Marionetteninstitution darstellt – unter gewaltigen Zugzwang gestellt“ habe. Die Frankfurter NPD hebt hervor, dass „gerade wir Deutschen wissen, was es heißt, unter dem Joch von Besatzern zu leben und wir wissen auch, was es heißt, einen Krieg aufgezwungen zu bekommen.“ Bekräftigt wird schließlich: „Unser Platz ist damit automatisch an der Seite des arabischen Volkes von Irak und auch von Palästina. Wir haben den gleichen Feind und müssen somit zwangsläufig die besten Freunde sein.“

■ **Hamm** – Peter Viola (Hamm), langjähriger Funktionär der Jungen Nationaldemokraten, hat von 1998 bis zum April dieses Jahres für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gearbeitet. Dafür erhielt er etwa 20 000 Euro an Spesen. Viola war seit 1986 in der rechtsextremen Szene aktiv. Zuletzt war er Vorsitzender des Regionalverbandes Ruhr der JN und verantwortlich für deren Blatt „Der Ruhrstürmer“. Zuvor wirkte Hamm unter anderem als Redaktionsmitglied des Sprachrohrs der nord-

rhein-westfälischen JN „Die schwarze Fahne“. Gedruckt wurden die Hefte in der Druckerei des früheren NPD-Landesvorsitzenden Udo Holtmann in Oberhausen. Holtmann war über einen langen Zeitraum als Spitzel des Bundesamtes für Verfassungsschutz zugezogen.

■ **Kleinniedesheim** – „Heidnisch-germanische Kultgegenstände aus Holz in Handarbeit, direkt vom Modellschreinermeister“ bietet Karl Hüther aus Kleinniedesheim mit einer ganzseitigen Anzeige in „Huginn und Muninn“ an. Herausgegeben wird die „deutschsprachige Midgard-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien“ von der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“. Im Angebot hat Hüther unter anderem Irminsulen in allen Größen, Kultgegenstände für Ritual und Hausaltar, Runenteller und -leuchter sowie kultische Reliefs und Figuren. Hüther pflegt Kontakte zur rassistischen „Artgemeinschaft“, für die er die „Artgemeinschafts-Irminsul“ in Eiche schnitzt. Der Neuheide Hüther findet sich auch im Verteilerverzeichnis von NS Records/NS 88 in Skandinavien.

■ **Krefeld** – Stefan Michael Bar (früherer Herausgeber des Fanzines „Reichsruf“ und des „Anti-Antifa“-Blatts „Wehrwolf“) arbeitet weiter an der Vermarktung seiner Neonazi-Karriere. Unter dem Titel „Fluchtpunkt Neonazi“ hat der eitle Aussteiger seine Lebensgeschichte niedergepinselt. Herausgeber des Werks sind nach Bars Angaben der ZDF-Journalist Rainer Fromm und Klaus Farin vom Archiv der Jugendkulturen in Berlin. Auch die Staatsanwaltschaft Krefeld dürfte über die Aktivitäten des 27-jährigen überrascht sein. Denn wenige Monate, nachdem er im Mai vergangenen Jahres mit Hilfe eines Fernsehmagazins seinen Ausstieg aus der rechten Szene angekündigt hatte („Ich wurde in der Szene verheizt“), wurde er im Zug von Venlo nach Köln mit über 1,5 Kilo Drogen erwischt. Obwohl er damit erneut gegen Bewährungsaufgaben verstoßen hatte, sitzt der Ex-Nazi schon lange nicht mehr hinter Gittern. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Krefeld konnte der 27-Jährige nämlich im Mai dieses Jahres bei einem Arztbesuch flüchten. Seither wird er mit Haftbefehl gesucht.

■ **Mainz/Mittweida** – Auf dem hessischen NPD-Landesparteitag wurde Thomas Hantusch in seinem Amt als 1. Vorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter sind Stefan Rochow und Steve Scheufler. Schatzmeister ist Klaus Dietrich. Als Beisitzer amtieren Claudius Riemer, Jörg Krebs, Frank Mar-

schner, Oliver Breitung, Rolf Karres und Kerstin Schimanski. Die sächsische NPD wählte auf ihrem Landesparteitag im Landkreis Mittweida ebenfalls einen neuen Vorstand. Zum 1. Vorsitzenden wurde wieder Winfried Petzold bestimmt, Vize-Vorsitzende sind Jürgen Schön, Holger Apfel und Klaus Menzel. Weiter gehören dem Vorstand an: Klaus Baier, Wolfgang Schüler, Rene Despang, Jürgen Günz, Jürgen Gansel, Alexander Delle, Jürgen Krumpholz, Peter Klose, Johannes Müller, Mirko Schmidt und Matthias Paul. Nicht mehr vertreten im sächsischen NPD-Landesvorstand ist Jens Pühse.

■ **Rastatt** – Die in der rechtsextremen Szene beliebte Heftromanserie „Landser“ feiert in diesem Jahr ihr 45-jähriges Bestehen. Inzwischen sind etwa 2300 Heftbändchen erschienen. Die Auflage liegt derzeit bei circa 60 000 Exemplaren (in den 50er Jahren wurden pro Heft rund 500 000 Exemplare verkauft). Gegründet wurde der „Landser“ 1957 vom ehemaligen Jagdflieger Berthold Jochim. Das Heft erscheint bei der Verlagsunion Pabel Moewig, einer Tochter des Heinrich Bauer Verlags, im badischen Rastatt. Peter Popp vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam wirft den „Landser“-Machern eine Trivialisierung und Verharmlosung des Krieges vor. Anzeigen für den „Landser“ werden unter anderem in der ultrarechten „Deutschen Militärzeitschrift“ geschaltet.

■ **Tübingen** – „Ein Plädoyer für eine politfreie Justiz. Anmerkungen zur Rechtsprechung in Sachen Zigeunerjuden“ von Jürgen Siepmann ist in der aktuellen Ausgabe der Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) aus dem Grabert-Verlag in Tübingen abgedruckt. Darin wird der stellvertretende Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Michel Friedman, massiv persönlich angegriffen und verschwörungstheoretisch orakelt: „Da drängt sich dann auch die Mutmaßung auf, dass die Auftritte und Reden des M. F. Teil eines sehr viel größeren Plans sind, der an ganz anderer Stelle und von ganz anderen Drahtziehern ersonnen wurde, um den ohnehin schon schwer angeschlagenen deutschen Nationalstaat ein weiteres Stück der Auflösung entgegenzutreiben. Möglicherweise wurde M. F. in New York, dem Zentrum der Israel-Lobby, für eine solche subversive Tätigkeit umfassend geschult, und zwar in den Jahren, die in seiner wenig bekannten Vita wohlweislich in Dunkel gehüllt sind.“ Am Schluss des Artikels kündigt der Autor einen „Befreiungsschlag von ungeheurer Explosivkraft“

an, ein „Herzogscher Ruck“ werde durch das Land gehen, nachdem sich eine „neue Deutsche Nationalversammlung konstituieren“ werde. Siepmann, der schon mehrfach für DGG zur Feder gegriffen hat, ist auch Autor in dem Buch „Deutsche Annalen“ („Prozess gegen den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Ein fiktives Verfahren“) von 1998 aus dem rechtsextremen Druffel-Verlag.

Ausland

■ **Großbritannien (Blackburn)** – Die rechtsextreme British National Party (BNP) hat in Blackburn einen unerwarteten Wahlerfolg bei den jüngsten Nachwahlen erzielt und einen Sitz im Darwen Borough Council (ähnlich eines Bezirksparlaments) gewonnen. Die vorher hier bei Wahlen nicht besonders in Erscheinung getretene BNP nahm einem Abgeordneten der Liberaldemokraten den Sitz ab, ausgerechnet im Wahlkreis des britischen Außenministers Jack Straw. So kam die BNP im genannten Bezirk auf 578 Stimmen zu 562 Stimmen der Labour Party, 505 der Liberaldemokraten und 154 für die konservativen Tories. Das Resultat bestätigt Befürchtungen der etablierten Parteien vor rechtsextremen Wahlsiegen im Nordwesten Englands, wo die British National Party bei den landesweiten Wahlen im Mai drei Sitze in der Gemeinde Burnley gewonnen hatte.

■ **Großbritannien (Hastings)** – „Wir werden nicht locker lassen, bis der 'Holo' in die Tundra Sibiriens verjagt wurde!“, schreibt der in den USA lebende Justizflüchtling Germar Rudolf in seinem aktuellen Kundenrundbrief. Beigelegt ist seiner Sendung das revisionistische Machwerk „Treblinka. Durchgangslager oder Vernichtungslager“. Autoren sind die Holocaust-Leugner Carlo Mattogno und Jürgen Graf. Das „weltweit erste Werk“ zu Treblinka setzt sich mit dem Lager angeblich „auf wissenschaftliche Weise“ auseinander. Erschienen ist das Buch in Rudolfs Verlag Castle Hill Publishers mit Sitz in Hastings/England. Die Unkosten für das Buch in Höhe von 30 Euro sind auf Rudolfs Konto bei der schwäbischen Volksbank Heidenheim einzuzahlen. Beklagt wird im Kundenrundbrief von Rudolf, einst Redaktionsmitglied der „Jungen Freiheit“, auch, dass sich diese weigere, Werbung für seine Bücher zu machen.

■ **USA (East Peoria, Illinois)** – Die rassistische und aggressiv antisemitische World Church of the Creator (WCOTC) sucht Übersetzer für ihre so genannten „Holy Books“. In diesen „Heiligen

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861
Heft 25-26 2002 Abo 401917

9

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

Büchern“ – der „White Man's Bible“ und „Nature's Eternal Religion“ legt der 1993 durch eigene Hand getötete Gründer der WCOTC, Ben Klassen, die bis heute gültigen ideologischen Grundlagen der Pseudo-Religion „Creativity“ fest, die der WCOTC zugrunde liegen. Übersetzt werden sollen diese Bücher nun in alle „weißen“ Sprachen, bevorzugt ins Deutsche. Es ist zu erwarten, dass bald eine deutsche Version der rassistischen Traktate im Internet zu finden sein wird. Seit langem versucht die WCOTC, in Deutschland Fuß zu fassen und gibt an, hier bereits eine stattliche Anzahl Anhänger zu haben. Ansprechpartner für Deutschland ist ein gewisser Reverend Alfred Herwig.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.